

Hannes Mosler

Des Wahnsinns fette Beute? – „Nein, danke! Wir sind das Volk!“

15. Juni 2008

„Südkorea ist eine demokratische Republik! Alle Macht geht vom Volke aus!“ So hören sich die ersten beiden – und einzigen – Strophen eines neuen Hits an, der auf den Strassen südkoreanischer Städte ertönt. Die südkoreanische Regierung des neuen Präsidenten Lee Myung-bak wird vom Volk bestreikt. Der Präsident hat gerade einmal 100 Tage seit seiner Amtseinführung hinter sich und nun bereits die erste handfeste Krise. Hunderttausende demonstrieren ihrem neuen Staatsoberhaupt gegenüber seit Wochen ihren Unmut.

Gegen Rinder- und anderen Wahnsinn

Mehr als eine halbe Millionen Menschen versammelten sich am 10. Juni zu einer Großkundgebung auf der Gwanghwamun-Kreuzung in der Innenstadt Seouls. Sie sind vor allem wütend, weil ihr Präsident bei seinem Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten am 18. April eine „unannehmbare Vereinbarung“ für den Rindfleischimport aus den USA abgeschlossen hatte. Der „Bulldozer“ genannte Präsident hatte sich für dieses Gastgeschenk entschieden, um die politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern – trotz schwerwiegender Bedenken, dass man Rinderwahn (BSE) einschleppen könnte. 2003 wurde der Rindfleischimport aus den USA aus diesem Grund eingestellt. Das Rindfleischabkommen war eine entscheidende Frage für die Ratifizierung des Freihandelsabkommen der beiden Länder.

Das Unannehmbare ist nach Meinung der Massen nicht nur der Inhalt der Vereinbarung, sondern vor allen Dingen auch die Art und Weise, wie sie getroffen wurde. Die Regierung hat nach Meinung der Bürger über die Köpfe des Volkes hinweg entschieden. Unter Präsident Roh Mu-hyun war die Rindfleischfrage als sehr heikel eingestuft worden. Man prüfte und verhandelte lange. Präsident Lee brauchte vor seinem Besuch auf Camp David anscheinend nur ein paar Tage, um sich für eine Importwiederaufnahme zu entscheiden.

Demonstrationen, die keine „Demonstrationen“ sind

Am 2. Mai standen dann zum ersten Mal verstreut ein paar Menschen in der Innenstadt Seouls, um gegen das Abkommen zu demonstrieren. Man hatte sich per Internet verabredet, die meisten waren Schüler. Von Aktivisten, Gewerkschaftlern oder „Erwachsenen“ fehlte noch jede Spur. Doch das Internet in Südkorea ist schnell und weit verbreitet. Die Diskussionen, insbesondere im Forum „Agora“ des Daum-Portals, wurden immer lebendiger. Immer mehr kamen zu den Lichterketten am Cheonggyecheon und forderten die Rücknahme der Vereinbarung. Es dauerte

nur ein paar Tage, und schon waren es mehrere Tausend. Zwei Wochen später dann war der „Blitz-Mob“ auf mehrere Zehntausend angewachsen. Bald forderte man: „Tritt zurück, Lee Myung-bak!“.



Fotos von Hannes Mosler

Weil in Südkorea nach dem Demonstrations- und Versammlungsgesetz das Demonstrieren nach Sonnenuntergang und vor Sonnenaufgang verboten ist, wurden die Demonstrationen als Kulturfestivals deklariert. Doch das bedeutete auch, dass den „Festivalteilnehmern“ ein Maulkorb aufgesetzt wurde. Die Polizei liess verlautbaren, sie würde die Versammlung räumen, sollten politische Slogans skandiert werden. Als die Demonstrierenden jedoch von Tag zu Tag mehr wurden, wurde diese Drohung fallen gelassen.

Als die Zahl der Demonstrationsteilnehmer eine bestimmte Grenze überschritt, wurde auch die Hemmschwelle zu explizit politischen Äußerungen überwunden. Dennoch unterscheiden sich die Lichterkettendemonstrationen in vielen Aspekten sehr von den bisher bekannten Protestaktionen hierzulande. Keine Organisation, Partei oder Nichtregierungsorganisation hatte dazu aufgerufen. Es gab keine Bühne mit Lautsprechern und Redeprogramm. Keiner sprach von Klassenkampf oder anderen Ideologien. Keiner führte die Demonstrationen an.

Die Zahl der Massen wuchs bald auf mehrere Hunderttausend an. Aber die Menschen hielten sich fast ohne Ausnahmen an das Prinzip der Friedlichkeit und Gewaltlosigkeit. Immer wenn die Polizei Drohgebärden machte, riefen die Menschen: „Keine Gewalt, keine Gewalt!“ Auch gewaltbereite Demonstranten wurden so durch die Massen zurückgepfiffen. Man war nicht hier, um zu randalieren.

Die „neue Festung“ Lee Myung-Baks

Das Anliegen der Menschen war, mit dem Präsidenten zu sprechen. Seine Antwort war ein Grossaufgebot an Polizei und eine riesige Mauer aus Stahlcontainern mitten auf der Kreuzung. Die unteren Container waren zudem mit Motorenfett angestrichen, damit man nicht hochklettern konnte. Ein Bollwerk gegen das Volk? Die Container wurden von den Demonstranten in nur wenigen Stunden eingenommen, wenn auch symbolisch. Man klebte Handzettel mit Slogans ins Fett, andere sprühten Graffitis an die Containerwände.



Fotos von Hannes Mosler

Die Vielfalt und Bandbreite an Teilnehmern förderte auch die Kreativität und den Einfallsreichtum der Demonstrationen, die an Wochenenden bis in die frühen Morgenstunden anhielten. Anfang Juni kam es schließlich zu den ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei, da viele Demonstranten selbst nach durchwachter Nacht vor Polizeibarrikaden nicht nach Hause gehen wollten. Als die Polizei mit Wasserwerfern gegen die Protestler vorging, riefen die Demonstranten hämisch „Warmwasser, Warmwasser!“ und wichen nicht zurück.

Für Stunden verharrte man so Auge in Auge mit den Gesetzeshütern. „Singt ein Lied, singt ein Lied!“ oder „Tanzt was vor, tanzt was vor!“, riefen die Demonstranten den Polizisten zu. Manchmal regnete es sogar frische Gurken über die Köpfe der Polizisten hinweg. Man wusste ja, dass die jungen Rekruten nicht freiwillig dort standen. Von Seiten der Polizei wollte man auf jeden Fall verhindern, dass Demonstranten verletzt werden und gleichzeitig sicherstellen, dass sie nicht zum Blauen Haus gelangen. Viele Menschen erregten sich dennoch über das

aggressive Vorgehen der Polizei und nahmen aus Solidarität mit den Demonstranten am Protest teil.

Ein 14-jähriger Junge sagte im Fernsehinterview: „Ich glaube, ich mache hier eine gute Erfahrung und kann viel lernen.“ Auf die Frage, was er gelernt habe, antwortete er: „Wie es ist, wenn man den falschen Präsidenten wählt“.

Der Autor Hannes Mosler befindet sich im Promotionsstudiengang im Fach Politikwissenschaften an der Seouler Nationaluniversität.

Der Artikel erscheint am 20. Juni 2008 in der koreanischen Community-Zeitung Kyoposhinmun #600